



Hamburg, den 30.4.2022

Die Friseurbranche steht auf und fordert eine Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19% auf 7%

Die Friseurbranche befindet sich einer existenziellen Krise, aus der sie sich aus eigener Kraft nur befreien kann, wenn die Mehrwertsteuer für Friseurdienstleistungen von 19% auf 7% reduziert wird. Um dieser politischen Forderung Nachdruck zu verleihen, haben die Initiatoren der Kampagne „Friseure brauchen Zukunft! 7% Jetzt!“ eine Petition gestartet, die sich nicht nur an die Friseure und Friseurinnen richtet, sondern auch an ihre Kundinnen und Kunden.

Die Initiatoren sind nicht allein. Der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks unterstützt die Kampagne. Auch viele Zulieferer der Branche, die im IKW (Industrieverband für Körperpflege und Waschmittel) organisiert sind, stehen hinter der Kampagne und leisten wichtige Hilfe. „Eine Initiative, die von allen Branchenteilnehmern gleichermaßen unterstützt wird, hat es in unserer Branche noch nie gegeben“, sagt Oliver Schmidt, Mitinitiator und Friseurunternehmer aus Düsseldorf. „Mit der Kampagne wollen wir nicht nur die Branchenteilnehmer, sondern auch unsere Kundinnen und Kunden erreichen, denn auch sie würden von einer Senkung der Mehrwertsteuer direkt profitieren.“

„Gutes Aussehen muss bezahlbar bleiben“ sagt Initiatorin Gabriele Diemert-Pertsch, Mitinhaberin des Friseurunternehmens bloom's, das mit 20 Salons über 250 Mitarbeiter*innen beschäftigt.

„Tätigkeiten, die sehr personalintensiv sind, die also von menschlicher Hand und nicht von Maschinen ausgeführt werden, dürfen nicht mit einer zu hohen MwSt. von 19% belastet werden, sonst können sich zu viele Frauen und Männer einen Friseurbesuch nicht mehr leisten. Wenn dann ab Herbst die Personalkosten bei Friseuren um ca. 15% steigen, weil nicht nur der Mindestlohn um über 20% erhöht wird, sondern auch die anderen Lohngruppen ähnliche Steigerungen erfahren werden, werden sich noch mehr Kundinnen und Kunden von ihrem Friseursalon verabschieden müssen.“

In der Friseurbranche arbeiten 240.000 Menschen. Der Friseurberuf ist ein sehr schöner Beruf, weil er kreatives Arbeiten bietet und zudem eine besondere Nähe zu Kundinnen und Kunden mit sich bringt. Es gibt eine Sehnsucht nach dieser persönlichen Ansprache und Dienstleistung. Verteuert der Staat solche personalintensiven Leistungen durch zu hohe Steuerabgaben, werden Kundinnen und Kunden zu Schwarzarbeit-Alternativen gedrängt. Dann gehen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen weiter zurück.

„Einen jungen Menschen auszubilden, kostet viel Zeit, Geduld, Muße und Geld. Nur ein finanziell gesunder Betrieb, mit ausreichend Personal, kann eine qualifizierte Ausbildung sicherstellen. Aber eine solche Betriebsstruktur wird durch den Staat, aufgrund viel zu hoher Mehrwertsteuerbelastung von 19% auf Friseurdienstleistungen, verhindert. Deshalb können nur noch 20% aller Friseursalons überhaupt ausbilden, die anderen können sich das nicht mehr leisten, oder haben inzwischen so viel Kundschaft an Schwarzarbeit verloren, dass Sie gar keine ausreichende Betriebsgröße für qualifizierte Ausbildung mehr haben. Außerdem geht damit die wichtige Integrationsleistung unseres Handwerks verloren“ sagt Heiko Schneider, Mitinitiator und Friseurunternehmer aus Hoyerswerda.

„In der Friseurbranche herrscht eine eklatante Wettbewerbsverzerrung.“ sagt Marc Breckwoldt, der mit seinem Unternehmen RYF rd. 70 Salons betreibt. Es gibt in Deutschland etwas mehr als 80.000 Friseursalons. Durch die sogenannten ‚Kleinstunternehmer-Regelung‘ führen 30.000 Betriebe gar keine MwSt. ab. Zudem werden die Friseurunternehmen durch massive Steigerungen der Mietkosten, die vielerorts an die Inflationsrate gekoppelt sind, Strom- und Lohnkosten belastet. „Die gesamte Branche ist nach über 2 Pandemie Jahren massiv geschwächt. Eine Erholung der Branche ist, unter den gegebenen Umständen, gar nicht möglich. Wir brauchen dringend eine Entlastung, damit unsere Branche eine Zukunft hat.“

Die Initiatoren erhoffen sich mit Ihrer Kampagne einen fairen Wettbewerb und eine Perspektive für alle Friseurinnen und Friseure. „Nur mit der Unterstützung der Politik können wir sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und schaffen, höhere Löhne zahlen und weiter in die Aus- und Weiterbildung und die Entwicklung unser Friseurunternehmen investieren“ sagt Wolfgang Pertsch von bloom’s.

Presse Informationen:

Pressekontakt:

Marc Breckwoldt

Tel.: 0151-16321911

E-Mail: m.breckwoldt@ryf.de

Weiter Informationen sowie Bildmaterial finden Sie unter www.friseurebrauchenzukunft.de

Über die Initiatoren: Wir sind eine Gruppe betroffener Friseurunternehmer. Zusammen repräsentieren wir über 100 Salons mit über 1.000 Mitarbeitern. Wir investieren in nachhaltige Ausbildung und die Entwicklung unser Mitarbeiter. Wir engagieren uns in Verbänden und Branchen-Vereinigungen. Uns liegt die Zukunft der Friseurbranche am Herzen.

Oliver Schmidt

OLIVER SCHMIDT HAIRDESIGN

www.oliver-schmidt-hairdesign.de

Gabriele Diemert-Pertsch und Wolfgang Pertsch

bloom’s / Pertsch GmbH

www.bloom-s.de

Heiko Schneider

Salon Haarschneider

www.haarschneider.info

Marc Breckwoldt

RYF Coiffeur GmbH

www.ryf.de